

Daß die FDP nun in eine Existenzkrise geraten könnte, „verdankt sie der Feigheit und der des Betruges am Wähler schuldigen Zwielfichtigkeit einiger ihrer Landtagsabgeordneten“. Im übrigen möge Ernst bedenken, „daß ich Sie zu einem Meineid verführen kann“.

Doch dazu — ob Eid oder Meineid — kann es kaum kommen. Ernst, von seiner Fraktion gedrängt, verklagte Roloff und hatte sich sogar „ursprünglich darauf eingestellt“, selbst vor Gericht zu erscheinen, um zu beschwören, wen er nicht gewählt habe. Dann jedoch ließ er sich eines Besseren belehren. Er beabsichtige nicht, teilte Ernsts Anwalt dem hannoverschen Landgericht mit, eine eidesstattliche Versicherung zu präsentieren, daß Ernst den Albrecht nicht gewählt habe. Die Wahl sei geheim gewesen und solle es auch bleiben.

Daran freilich wollte auch Roloff nichts ändern. Ernst habe ja schon, im SPIEGEL, offenbart, wen er gewählt habe, und genau diese Aussage solle er nun beenden. Und da ein Abgeordneter nur seinem Gewissen verantwortlich sei, so argumentiert nicht ohne niedersächsischen Witz der Professor Roloff, könne es auch nicht beleidigend sein, einem FDP-Mann zu unterstellen, er habe für den Kandidaten der CDU gestimmt.

Das jedoch sah der Vorsitzende Richter Benno von Nottbeck, dessen Vater einst (FDP-)Justizminister in Niedersachsen war, ganz anders. Sicher könne einer wählen, wie er wolle, auch den Herrn Albrecht. Aber vor dem Hintergrund der niedersächsischen Realitäten und angesichts der „Entrüstung in Teilen der Öffentlichkeit“ sei eine solche Behauptung gegenüber einem FDP-Parlamentarier schon ein starkes Stück, „geeignet, ihn herabzuwürdigen“. Roloff mußte eine einstweilige Verfügung hinnehmen und darf seine Behauptungen nicht wiederholen.

Wer im hannoverschen Landtag den CDU-Kandidaten wählte, nach außen hin aber etwas anderes vorspiegelt, den, so ist nun auch gerichtsnotorisch, trifft der „Vorwurf der Unaufrichtigkeit und der Lüge“.

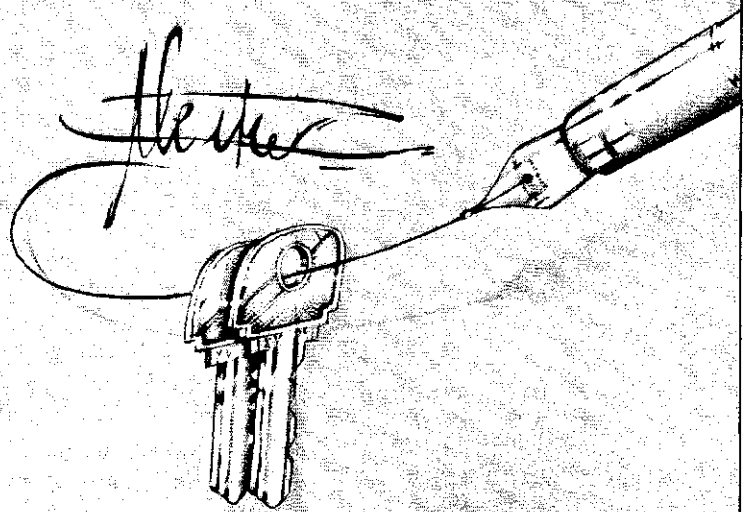
BUNDESWEHR

Im Gleichschritt marsch

Konservative Militärs blockieren die Einführung kooperativer Arbeitsweisen an der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr. Ein Reformier wird zur Nato versetzt.

Seit vergangener Woche steht in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ein Chefsessel leer. Brigadegeneral Günter Raulf befindet sich, so die offizielle Lesart, auf einer Industriereise.

Die Wahrheit: Raulf wurde aus dem Verkehr gezogen und soll zum 1. Ok-



Der Super Service von Europcar

Von jetzt an genügt Ihre Unterschrift, um bei Europcar die Schlüssel eines Mietwagens zu bekommen.

Europcar bemüht sich seit Jahren, das Automieten einfacher zu machen. Jetzt bietet Europcar Ihnen den Super-Service.

Sie brauchen ein Auto? Mit der Europcar Super Service Karte ist das ein Kinderspiel. Sie rufen an und lassen sich ein Auto reservieren. Dann stecken Sie Ihre Europcar Super Service Karte ein und kommen vorbei.

Kein Fragen. Kein Warten. Kein Vorauszahlen. Kurz den von Europcar bereits ausgefüllten Mietvertrag unterschreiben. Und schon sitzen Sie am Steuer Ihres Autos.

Wenn Sie sich für diese Super Service Karte interessieren, schicken Sie uns bitte den Coupon. Das ist alles.

Informationen und Reservierungen auch bei Ihrem Reisebüro.



Sp5476

Postfach 0249, 8 München 46, Telefon 089/326084

Name _____

Adresse _____

Coupon

Europcar macht das Automieten leichter.

2500 Stationen um den Globus. Zusammen mit National Car Rental in den USA, Latein-Amerika und dem Pazifik.



Gemaßregelter General Raulf
Ansehen der Bundeswehr geschädigt?

tober, nach nur zweijähriger Tätigkeit in Hamburg, in den Stab des Nato-Oberbefehlshabers Europa-Mitte im niederländischen Brunssum befördert werden.

Mit der Versetzung möchte das Bonner Verteidigungsministerium möglichst ohne Aufsehen den schon seit Monaten schwelenden Kleinkrieg um Arbeitsweise und Führungsstil an der zentralen Ausbildungsstätte für Stabs-offiziere beenden. Doch so geräuschlos, wie die Hardthöhen-Führung gehofft haben mag, wird die Sache kaum mehr abgehen: Schon in Kürze will der Verteidigungsausschuß des Bundestages von den Spitzenmilitärs Rechenschaft über die Vorgänge verlangen.

Im Mittelpunkt des Streits steht die Frage, ob die Hamburger Militärschule weiterhin autoritär wie eine kaiserliche Kadettenanstalt oder aber so kooperativ geführt werden soll, wie es die zentrale Dienstvorschrift 10/1 vom 10. August 1972 verlangt: „Diskussion ist ein Mittel der Entscheidungsvorbereitung. Kooperation von Untergebenen, Gleichgestellten und Vorgesetzten erleichtert eine sinnvolle Ausführung von Befehlen und Aufträgen.“ Zur Debatte steht auch, ob der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Armin Zimmermann, klare Empfehlungen des Verteidigungsausschusses und der politischen Führung mißachtet hat.

Am 1. Oktober vergangenen Jahres hatte der Verteidigungsausschuß mit den Stimmen von SPD und FDP empfohlen, an der Führungsakademie Ar-



Raulf-Vorgesetzter Wagemann
Keine Diskussion zugelassen

beitsbedingungen zu schaffen, die „denen der Bundeswehrhochschulen vergleichbar“ sind. Im einzelnen sollten die Dozentenstellen ausgeschrieben, die Selbstverwaltung der Lehrgangsteilnehmer ausgebaut und das Konsilium, Beratungsorgan des Kommandeurs in Ausbildungsfragen, zu einem Mit-

wirkungsorgan erweitert werden. Bald darauf zog der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hermann Schmidt, nach. Am 26. November forderte er den Generalinspekteur ausdrücklich auf, Alternativen für eine bessere Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Konsiliums entwickeln zu lassen. Schmidt an Zimmermann: „Ich lege großen Wert darauf, daß dieses Instrument der Beratung und Mitwirkung... umgehend die ihm zukommende Form und Funktion erhält.“

Doch die um ihre hierarchische Tradition fürchtenden Militärs widersetzten sich. Der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Eberhard Wagemann, kann bis heute unwidersprochen behaupten, Admiral Zimmermann habe ihm am 7. Januar mündlich den Befehl erteilt, keine Diskussion über die Geschäftsordnung des Konsiliums zuzulassen.

Mit dem Hinweis auf diesen Befehl des Generalinspektors hatte Wagemann auf der Konsiliumssitzung am 15. Januar denn auch einige hohe Akademie-Offiziere vergattert, die immer noch über die Reform der Geschäftsordnung reden wollen. Seither galt wieder das „Jawohl, Herr General“.

Nur der Brigadegeneral Günter Raulf, als Diplomvolkswirt und Raketen-Spezialist ein überzeugter Teamarbeiter, wollte nicht kuschen, obwohl er sich der Schwierigkeiten voll bewußt war. Noch am 1. November letzten Jahres hatte Sozialdemokrat Raulf, mit

47 Jahren einer der jüngsten Generale, auf einer SPD-Wehrtaugung in Stuttgart bemerkt, daß sich „mit Reformunwilligen wirklich Neues nicht oder nur sehr langsam“ schaffen lasse. Aber wenn auch das Wappentier der Führungsakademie, der Adler, noch immer „angestrengt nach rechts“ blicke, so wiesen doch die drei Pfeile im Wappen in die richtige Richtung, links aufwärts.

Dies im Sinn und ermuntert durch eine Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs Schmidt am 29. Januar vor der Führungsakademie, wurde Raulf aktiv. Schon einen Tag nach der Schmidt-Rede unterbreitete er Wagemann und den Konsiliumsmitgliedern Vorschläge, wie die Arbeit des Gremiums neu gestaltet werden könne.

Wagemann reagierte prompt. Er forderte die sofortige Ablösung von Raulf, weil dieser sich einem Befehl widersetzt habe. Raulf, so Wagemann am 12. Februar in einer Fünf-Seiten-Rüge, habe überdies durch seinen „Ungehorsam als General... ein schlechtes Beispiel“ gegeben und „das Ansehen der Bundeswehr geschädigt“.

Beschwichtigungsversuche des stellvertretenden Generalinspektors Harald Wust („Generale bestraft man nicht“) fruchteten ebensowenig wie ein Versöhnungsgespräch auf der Hardthöhe Anfang März. Wagemann blieb bei seiner Alternative: Raulf oder ich.

Um einen Skandal in der Bundeswehr-Spitze im Bundestagswahlkampf zu vermeiden, akzeptierte Raulf schließlich die ihm von der militärischen und der politischen Führung nahegelegte Versetzung zur Nato. Wagemann, ein geachteter, aber streng konservativer Offizier, konnte als vorläufiger Sieger nach Hamburg zurückkehren. Die um ihre Karriere besorgten Lehrer und Lehrgangsteilnehmer akzeptierten die Bonner Entscheidung stumm und stramm. Ein Akademie-Schüler bitter: „Rechts um! Im Gleichschritt marsch!“

SEPARATISTEN

Uf Franzeesch

In Elsaß-Lothringen kämpft eine vaterländische „Volksbewegung“ gegen französische „Volksmörder“ und für einen autonomen Rheinstaat.

Bei der Beerdigung eines alten Elsässers, der sein Lebtag nur Elsässerditsch gesprochen hat, fragt der Pfarrer — wie der Domherr Karl Haaby aus Linthal im Oberelsaß berichtet — die Hinterbliebenen, in welcher Sprache er die Totenrede halten solle. Dar-